

Verantwortl. Redakteur: N. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: A. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeilzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Deutschland.

Berlin, 5. Februar. Am gestrigen Vormittag hatten sich der Kaiser und die Kaiserin zur Bewohnung des Gottesdienstes nach der Dominterimskirche begeben, woselbst auch die Prinzen Friedrich Heinrich und Joachim Albrecht von Preußen, die beiden ältesten Söhne des Regenten von Braunschweig, anwesend waren. — Nach dem Schluss des Gottesdienstes trafen die kaiserlichen Majestäten zum Schloß zurück.

Der Kaiser verließ während seiner Anwesenheit auf Schloß Rauden dem nunmehrigen Herzog von Ratibor den königlichen Kronenorden 1. Klasse.

Wie bereits telegraphisch gemeldet, fand am Sonntag Abend zu Ehren des Generaloberst von Pape als Abschluss der anlässlich seines 80. Geburtstages veranstalteten Festlichkeiten ein großes Festmahl bei dem Offizierskorps des 2. Garderegiments z. F. statt, an dem auch der Kaiser theilnahm. Die Festtafel war in dem großen durch zwei Etagen gehenden fäulnistragegen Speisesaal hergerichtet und an einer Länge von vier Duerstufen für 135 Teilnehmer gedeckt. Sobald der Kaiser mit dem Subilar den Saal betrat, intonierte die Regimentskapelle den vom Prinzen August Wilhelm, Bruder Friedrichs des Großen, im Jahre 1751 komponierten Marsch, welchen der Kaiser kürzlich dem 2. Garde-Regiment als Präsentirmarsch verliehen hat. An der Mitte der an der Reiterseite gedeckten Festtafel nahm der Kaiser Platz, zu seiner Linken der Generaloberst von Pape, zu seiner Rechten der Regimentskommandeur Oberst von Hartmann. Während der Tafel erbot sich der Kommandeur Oberst von Hartmann, um das Wohl des Kaisers auszubringen, worauf dieser in längerer Ansprache den Subilar feierte und ihm am Schluss seiner Rede das Geschenk des Offizierskorps überreichte, den in Bronze ausgeführten Fahnenhalter des Regiments mit der entfalteten Fahne in der Linken, stehend auf einem reich verzierten Postament, welcher auf einem silbernen Schilde die Widmung trug: „Seinem ehemaligen Kommandeur und ältesten Kameraden, dem Generaloberst von Pape zur Feier seines 80. Geburtstages, das Offizierskorps des 2. Garde-Regiments z. F.“, daneben die Jahreszahlen 1813 (Eintritt in das Regiment) und 1893. Dann nahm der Subilar das Wort, um dem Kaiser und dem Offizierskorps seinen Dank auszusprechen.

Die „Kreuz-Ztg.“ schreibt, sie sei in der Lage, eine Mitteilung der Münchener „Allg. Ztg.“ als richtig zu bestätigen, wonach der Großfürst-Thronfolger die Versicherung hierüber überbrachte, dass ein Bündnis zwischen Russland und Frankreich nicht bestehe.

Zu den Gerüchten von einer Vereinbarung des Zentrums durch den Papst zu Gunsten der Militär-Vorlage bemerkt die „Germania“:

„Das Zentrum hat betreffs der Militär-Vorlage keine Vereinbarung irgend welcher Art von geistlicher Seite erfahren und, das wissen wir, es wird sie nicht erfahren.“

Im Abgeordnetenhaus hat der konservative Graf zu Limburg-Stirum mit Unterstützung von Fraktionsgenossen folgende Interpellation eingebracht:

Am 17. Januar er. hat der Vorsitzende der Strafkammer I beim königlichen Landgericht I zu Berlin gegen ein Mitglied des Hauses der Abgeordneten in einem gegen dasselbe wegen Vergehens gegen das Reichsgesetz über die Presse vom 7. Mai 1874 abhängigen Strafverfahren einen Vorführungsbefehl zu dem am 10. Februar er. anberaumten Termin erlassen. Hält die königliche Staatsregierung ein solches Vorgehen mit den Bestimmungen des Artikels 84 der preussischen Verfassung für vereinbar?

Die Vermuthung, dass dieses Mitglied des Abgeordnetenhauses mit dem Freiherren v. Hammerstein identisch ist, der bekanntlich die Stelle eines Chefredakteurs der „Kreuz-Ztg.“ bekleidet, wird durch den Umstand bestätigt, dass derselbe, obgleich in Berlin anwesend, die Interpellation nicht unterzeichnet hat.

Der preussische Justizminister hat, der „Frankf. Ztg.“ zufolge, dem Justizminister Rogge, der von der hannoverschen Strafkammer zu vier Wochen Gefängnis verurtheilt, nach Aufhebung dieses Urtheils aber und nachdem er die Strafe verbüßt hatte, in erneuter Verhandlung freigesprochen worden war, eine Entschädigung im Betrage von 100 Mark zugewiesen. Das Justizministerium hat demnach die prinzipielle Ablehnung der Entschädigung unschuldig Verurtheilter aufgegeben.

Für den schwachen Besuch des Reichstages liegt der Grund, so schreibt der parlamentarische Korrespondent der „Presse“, darin, dass seine Verhandlungen die Mitglieder nicht fesseln.

Eine große Partei, so schreibt er, hat Anträge wegen des Verhältnisses nachweis, der Abzahlungsgehalte, des Hauszinses u. s. w. eingebracht. Der es haben sich um mehrere große Parteien zu einem solchen Antrage vereinigt. Wäre nun der Reichstag vollständig, so wäre dem Antrage eine imposante Majorität gewiss. Allein selbst die Partei, die ihn eingebracht hat, ist nicht auf dem Platze; sie giebt vor, ein lebhaftes Interesse für ihre Anträge zu haben, allein sie hat innerlich ihren Glauben daran. Auch die Regierung bringt keine Anträge, keine Vorlagen, die das Haus wirklich fesseln. Ihre Lex Heinze, ihr Budgetgesetz und ähnliche Dinge finden möglicher Weise eine Majorität (ich weiß es nicht), aber kein Mensch ist warm dafür, man stimmt allenfalls für sie, ut aliqual fecisse videamur. Sobald die Regierung mit einer Vorlage kommt, die wirklich einem die Zeit beherrschenden Interesse entspricht, so ist das Haus gefüllt. So war es in der vorigen Session mit den Handelsverträgen. Das Haus blieb zusammen, bis sie erledigt waren. Die Sessionen dauerten lange und die Bänke blieben gefüllt. Eine Regierung, welche die Geister leitet, hält auch die Väter zusammen. Und wenn eine Volksvertretung an chronischer Beschäftigungslosigkeit leidet, so ist das ein Zeichen, dass es um die Regierungskunst schwach bestellt ist. Im Grunde aber muß das Interesse an den Reichstagsverhandlungen um so schneller schwinden, je schneller das Interesse des Reichstags an sich selbst schwindet.

Der Bundesrath ertheilt in der am Freitag unter dem Vorsitz des königlich bayerischen Gesandten Grafen von Verchenfeld-Röding abgehaltenen Plenarsitzung dem Gesetzentwurf, betreffend

einige Abänderungen und Ergänzungen der Militär-Pensionsgesetze vom 27. Juni 1871 und vom 4. April 1874, und dem Entwurf eines Gesetzes für Etsch-Vorbringen, betreffend das Pfandrecht für die von Boden-Kredit-Gesellschaften ausgegebenen Schuldverschreibungen, die Zustimmung. Ferner wurden genehmigt die beantragten Abänderungen des Zoll- und Salzsteuer-Verwaltungs-Kosten-Etats für Etsch-Vorbringen und des Zoll-Verwaltungs-Kosten-Etats für Bayern. Mit der Bewilligung von Dienstbefreiungszulässen an die Salzsteuer-Aufsicht im Herzogthum Braunschweig erklärte sich die Vermählung einverstanden. Dem Verbands der rheinpreussischen landwirtschaftlichen Genossenschaften zu Bonn und dem Zentral-Revisionen-Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften im Bereich der sämtlichen deutschen Bundesstaaten und des Reichslandes Etsch-Vorbringen wurde das Recht zur Bestellung des Revisors für die dem Verbande angehörenden Genossenschaften verliehen. Der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten, der Gesetzentwurf über die Pflichten der Kaufleute bei Aufbewahrung fremder Werthpapiere, der Entwurf einer Verordnung über die Einführung von Reichsgesetzen (gesundheitspolizeilichen Inhalts) in Belgoland wurden den zuständigen Ausschüssen zur Vorberatung überwiesen. Sodann wurde über mehrere Eingaben in Zoll- und Steuer-Angelegenheiten und die Anträge des Reichsfänglers wegen vollstetiger Einfuhr von Produkten der deutschen Seefischerei, wegen Einführung geachteter Thermo-Meter für die Zollabfertigung von Mineralien, sowie wegen Erlasses einer neuen Anweisung zur Bestimmung des Extraktgehaltes von Braumwein Beschluß gefaßt. Der Eingabe einer Handelskammer bezüglich der strafrechtlichen Verfolgung von Wechselstempel-Hinterziehungen beschloß der Bundesrath keine Folge zu geben.

Die fortgesetzten Besprechungen der Regierung wegen internationaler Maßregeln gegen die Cholera werden nun, so schreibt man der „Köln. Ztg.“, wohl mit Rücksicht auf die Jahreszeit zu einem baldigen Ergebnis führen. Schließlich würde sich gewiss keine Regierung fernerhalten. Man wußte vorher, daß England einer Quarantäne aus mehreren Gründen abgeneigt ist, aber zu anderen Vorkehrungen als Ersatz, besonders durch etwaige Untersuchung der einzelnen Schiffe stets bereit war. Für Amerika wie für andere nur auf dem Seewege zu erreichende Länder ist der Schutz leichter zu bewerkstelligen als für den größten Theil Europas, und die Vereinigten Staaten werden sich gemeinsamen Mitteln der Abwehr zweifellos nicht verschließen. Spanien, Portugal und Italien können wegen ihrer Bevölkerung, wo die Furcht vor der Seuche rasch um sich greift, ohne Quarantänen nicht bestehen. So wird sich ein allseitiges Einvernehmen durch eine Konferenz oder auf anderem Wege doch wohl erzielen lassen.

Das „Berl. Tagebl.“ schreibt: Unter der Ueberschrift „Antimes aus Paris“ veröffentlichten wir einen bemerkenswerthen Artikel, in welchem u. A. die Frage aufgeworfen wurde, in welchem Zwecke wohl die französische Regierung in der Zeit vom 22. Dezember 1892 bis 19. Januar 1893 der Bank von Frankreich 235 Millionen Franken entnommen habe, ein Umstand, welcher diese Bank zu der Erklärung veranlaßte, daß sie ihre Zahlungen nur noch in Metall leisten könne, woraus wieder zu schließen war, daß die gesetzliche Grenze ihrer Noten-Emission erreicht war. Zu dieser noch nicht authentisch beantworteten Frage theilt ein ausgedachter Gewährsmann uns seine Ansicht, die sich auf gewisse, ihm aus Paris zu Theil gewordene Anhaltspunkte stützt, folgendermaßen mit: Die Entnahme der 235 Millionen durch die französische Regierung dürfte erfolgt sein, um den französischen Sparkassen zu Hilfe zu kommen. Diesen Sparkassen sind bekanntlich zu der Zeit, als der Panamafandal am argsten wüthete, von den Einlegern sehr bedeutende Summen gekündigt und entnommen worden, und die Sparkassen hätten, um ihre Verpflichtungen zu erfüllen, zum Verkauf der französischen Rente schreiten müssen, in der die Einlagen größtentheils angelegt waren. Dies hätte aber eine Devaluierung des Rentenwerts hervorgerufen, welche die schlimmsten Folgen in politischer Hinsicht hätte haben können. Die französische Regierung habe es deshalb für richtig gehalten, den Sparkassen Vorhülfe zu leisten. Ueberhaupt bildet das System der Sparkassen in Frankreich eine große Gefahr für das Land, da bei etwa einmal eintretenden schwierigen Verhältnissen die Sparkassen in Verlegenheiten gerathen könnten, weil sie die Einlagen in Rente investirt hätten, welche dann nur schwierig, vielleicht überhaupt nicht, zu Geld gemacht werden könnte. In die besagten Pariser Artikel unseres Blattes verweist zum Ausdruck der Meinung, die 235 Millionen seien ins Ausland als Voranschlag zugeflossen, wird von unserm Gewährsmann als nach seiner Meinung begründet bezeichnet.

Bei dem äußerst regen Verkehr deutscher Schiffe nach und von England entbehrt der seeben veröffentlichte Bericht der noch unter Lord Salisbury's Ministerium in London niedergelegten Leuchtturm-Kommission auch für diese Zeit die Interessententziffer nicht der Bedeutung. Es handelt sich um die Herstellung einer größeren Sicherheit der Schifffahrt an den englischen Küsten, dadurch, daß, wenn auch nicht alle, so doch die wichtigsten Leuchttürme und Leuchtschiff-Stationen des Küstenraumes, namentlich am Kanal und der Themse, in der nächsten Fernsprechverbindung mit der nächsten Stadt oder Dürftstadt erhalten, so daß jedes von Strandungs- oder sonstiger Seegefahr bedrohte Schiff, das in den Gefahrenkreis der betreffenden Leuchtschiff-Station geräth, sofort behufs Hilfeleistung signalisirt werden kann. Wie gegenwärtig eine derartige Einrichtung wirken würde, zeigen beispielsweise die Verhältnisse bei den Leuchtschiffen, die auf den Goodwin Sands und auf den Leuchtschiff-Knochen stationirt. Ersterer Punkt, 5 1/2 Meilen von dem nächsten Küstenlande entfernt, beherbergt mit seinem Leuchtschiff sämtliche Zufahrtstrassen in den Kanal von der Doverseite aus, letzterer, 18 Meilen in See gelegen, giebt allen die Themse mündung ansehnlichen Schiffen in siebenmeilen Umkreise Ziel und Richtung an. Die Zahl der in diesen gefährlichen von Sandbänken und Klippen besetzten Gewässern alljährlich in Noth gerathenden bzw. aus Mangel rechtzeitiger Hilfeleistung im Bereich der Leuchtschiffe zu Grunde gegebenen Schiffe ist erschreckend groß. Nach Herstellung der erwähnten Fernsprechverbindungen würde ohne Zweifel schon sehr bald eine merkwürdige

Veränderung zum Bessern eintreten. Auch spricht sich die öffentliche Meinung sehr günstig für den Kommissionsvorschlag aus.

Koblenz, 5. Februar. (W. T. B.) Das königliche Eisenbahn-Betriebsamt macht bekannt: Trieb-Vertrieb vom Oberbass für Tageszüge 166 bis 173 wieder aufgenommen.

Dresden, 5. Februar. (W. T. B.) Die Elbe befindet sich in vollem Eisgange. Das Wasser steigt mächtig. Am hiesigen Pegel beträgt der Wasserstand 40 Zentimeter über Null.

Dresden, 5. Februar. In Chemnitz geht ein Gerücht, das die volle Aufmerksamkeit der evangelischen Sachsen beansprucht. Im November vorigen Jahres versammelten sich in aller Stille in einem Kaffeehaus in Chemnitz römisch-katholische Geistliche aus Sachsen und Bayern, um über die Errichtung eines katholischen Krankenhauses mit grauen Schwestern in der Kreischausmannschaf Jura zu berathen. Ein Bedürfnis für eine solche Gründung liegt nicht vor. Wir glauben auch, daß sie dem Gesetze vom 23. August 1876 widersprechen würde. Nach diesem ist es zwar zulässig, daß mit Genehmigung der Staatsregierung die Mitglieder von Frauenvereinigungen, die sich mit Krankenpflege beschäftigen, als Einzeln ihre Thätigkeit ausüben; in einem Krankenhaus aber würden mehrere unter einer Oberin thätig sein müssen; wir hätten damit in der That eine Ordensniederlassung vor uns. Und diese zu schaffen, wird wohl das hauptsächlichste Anliegen der Ultramontanen sein. Auch unser Sachverhalt soll allmählich Raum für römische Klöster bieten. Mit den grauen Schwestern, deren wir schon gegen 10 in Sachsen haben, fängt man an; andere Dren folgen dann schon nach. Es steht zu erwarten, daß die Staatsregierung derartigen Bestrebungen die Hand nicht bieten wird. Aber auch der nächste Sonntag wird sich den Dank der protestantischen Sachsen verdienen, wenn er, seiner großen Verhandlungen in den Jahren 1873 und 1875 eingedenk, den römischen Absichten auf Sachsen, die neuerdings sich etwas kühner geltend machen, entgegentritt.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 4. Februar. (W. T. B.) Das Regierungsprogramm für die Bildung einer Majorität hilft an den Appell, an welcher in der Dronere vom Jahre 1891 an alle diejenigen gerichtet wird, deren Ueberzeugung es sei, daß die Sorge für die höchsten Interessen der Gesamtheit durch Parteibestrebungen niemals beirrt werden dürfte. Dazu sei erforderlich, daß die zur Folgeleistung entschlossenen Parteien zur Sicherung der parlamentarischen Thätigkeit in Koalition treten. Damit die nach Auffassung der Regierung in Betracht kommenden Faktoren sich über ihren Beitritt unter voller Kenntnis der Absichten der Regierung entscheiden, wolle die Regierung unter Hinweis auf die Erklärung in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 2. Dezember 1892 die leitenden Grundzüge klar ausprechen. So wie die Regierung jederzeit bereit sei, im Sinne der von den Delegationen gebilligten auswärtigen Politik Oesterreich-Ungarns, die Wahrung des Reiches mit allen Mitteln zu wahren und zu kräftigen, somit auch für die Entwicklung der Wehrkraft voll einzustehen, so hält sie auch rückhaltlos fest an dem gegenwärtigen Verhältnisse zu Ungarn, wodurch die Drangsal der Monarchie einen dauernden Abschluß gefunden habe. Die Regierung sehe unverrückbar auf dem Boden der bestehenden Verfassung und werde Abänderungen ihrer Grundprinzipien nicht zulassen.

Es heißt ferner in dem Programm weiter: Auf dieser Basis erhebt der Einklang mit dem österreichischen Staatsgedanken die Wahrung der religiösen Autonomie der Königreiche und Länder, sowie des nationalen Bestandes der einzelnen Volksstämme und die Verbesserung jenes Ueberflusses. Als geeignetes Mittel zur Förderung des nationalen Friedens anerkennt die Regierung die gegenseitige Regelung des öffentlichen Sprachgebrauchs unter voller Berücksichtigung der der deutschen Sprache als allgemeine Verständigungsmittel, auch für Verwaltungszwecke zukommenden Bedeutung. Die Regierung wird in dieser Beziehung ein Einvernehmen mit den beteiligten Parteien anstreben, eine darauf begründete legislative Aktion unterstützen und unter dem ausdrücklichen Vorbehalte ihrer Kompetenz Veränderungen des nationalen Bestandes innerhalb ihres administrativen Wirkungskreises thunlichst hintanhaltend. Da das Staatsleben auch ein friedliches Verhältniß der verschiedenen Konfessionen und Gesellschaftsklassen der Staatsbürger erheischt, wird die Regierung, die religiösen Ueberzeugungen achtend und schützend, Vorkehrungen jeder Art entgegenstellen. Die Regierung erachtet die Zurückstellung der kirchenpolitischen Fragen, sowie grundsätzlicher Änderungen des Reichsrechts als ein Interesse eines ruhigen Zusammenwirkens für erforderlich und wird bei Anwendung des Schulgesetzes den religiösen Gefühlen der Bevölkerung innerhalb der Kirche Rechnung tragen. Hinsichtlich des religiösen Gebiets erkennt die Regierung, daß bezüglich der Gutachten der betreffenden Kirchenbehörden maßgebend sind und wird deren Wünschen thunlichst entgegenkommen. Das Programm gedenkt weiter des Nachdruckes, welchen die Thronrede auf die Aufgaben des wirtschaftlichen Lebens legte, stellt hierzu Gesetzesvorlagen in Aussicht und betont die verantwortungsvolle Sorge für die Festigung des Gleichgewichts im Staatshaushalt, die Durchführung der Regelung des Geldwesens, für eine gerechte Steuerverteilung eine angemessene Förderung der Produktion und des Verkehrs, für die Erhaltung und den Schutz der wirtschaftlichen Mittelstände den Ausgleich der sozialen Gegensätze, die Hebung der schwächeren Gesellschaftsklassen, die Bekämpfung der Ausbeutungen, des Eigenmuthes und endlich für die Fortführung des Zivilrechts und des Strafrechts. Da keine der vorhandenen Parteien allein die erforderliche Unterstützung zur Durchführung des Programms gewähren kann — so schließt das Programm — erwarte die Regierung, daß die staatsverhaltenden gemäßigten Parteien und Abgeordneten in eine tiefen Anschauungen befristete Koalition treten, welche ein Organ aus ihrer Mitte mit der Aufgabe zu betrauen hat, die Verbindung mit der Regierung ständig aufrecht zu erhalten und die gemeinsamen parlamentarischen und politischen Angelegenheiten zu ordnen.

Wien, 5. Februar. (W. T. B.) Der Parlament nahm das Regierungsprogramm für die Bildung einer Mehrheit zur Kenntnis und erklärte sich bereit, die Regierung im Sinne des Programms zu unterstützen; sachliche Prüfung sowie die Entscheidung über die einzelnen Vorlagen behielt sich der Klub jedoch vor. Der konservative Klub nahm das Programm gleichfalls zur Kenntnis, sprach aber sein Bedauern darüber aus, sehr ernste Bedenken gegen verschiedene Punkte des Programms vorbringen zu müssen. Der Klub behielt sich eine sachliche Prüfung der Vorlagen vor und erklärte seinen Anlaß zu haben, seine Stellung gegenüber der Regierung zu ändern.

Wien, 5. Februar. (W. T. B.) Der Hohenstaufenklub und der Parlament haben gestern Abend die Beschlusssatzung über das Regierungsprogramm auf heute vertagt. Der Klub der Vereinigten deutschen Völkern nahm eine Resolution an, welche im Wesentlichen besagt, die Partei halte eine Koalition der staatsverhaltenden, nicht grundmäßig verschiedenen Parteien für möglich, keine aber das Zusammenwirken mit grundmäßig verschiedenen Parteien ab; sie heiße das Regierungsprogramm in den Hauptpunkten gut bis auf den Vorbehalt bezüglich der Rechte der legislativen und administrativen Praxis gegenüber der Sprachfrage und der Schulverwaltung, sie hält an der Durchführung des deutsch-böhmischen Ausgleiches fest und erklärt sich bereit, die Regierung, unter Wahrung freier Hand, durch Förderung wirtschaftlicher, sozialpolitischer, gewerblicher, justiz- und Steuer-Reformvorlagen zu unterstützen.

Frankreich.

Der „Figaro“ hält es für an der Zeit, dem kürzlich zurückgetretenen Kriegsminister Freycinet, dem jenes Blatt, so lange er Minister war, nur Beifall zu spenden gewohnt war, folgende lebenswichtigen Fragen in den Ruhestand nachzusenden:

1. Hat Herr Freycinet nicht, als er das Kriegsministerium verließ, die Akten über die Weger-Brenne mitgenommen?
2. Waren diese Akten im Kriegsministerium nicht katalogisirt?
3. Trugen diese Akten nicht zahlreiche Bleistift-Randbemerkungen von der Hand des Herrn Freycinet?
4. Bewiesen diese Randbemerkungen nicht den von Herrn Freycinet zu Gunsten der Einführung der Weger-Brenne ausgeübten Druck?
5. Ist die Zustellung der Akten über die Weger-Brenne, die Herr von Freycinet verlangte, den technischen Beamten nicht wichtig genug erschienen, um diese zu veranlassen, eine ganze Nacht hindurch Abschrift zu nehmen (ohne dabei die Bleistift-Randbemerkungen zu verzeihen)?
6. Hat man die Vorsicht nicht so weit getrieben, die Original-Bleistift-Randbemerkungen, die Herr Freycinet auf den von ihm verlangten Aktenfalten gemacht hatte, so festzulegen, daß er aller seiner chemischen Kenntnisse bedürfen würde, um sie auszulesen, falls er sich etwa dazu versucht fühlen sollte?

Das ist die Art, wie man in Frankreich mit einem Minister a. D. umgeht, den man jahrelang über den grünen Aker gelobt hat; das ist die Art, wie in Frankreich die Beamten eines Ministers ihren Chef überwachen und von dieser Ueberwachung der Öffentlichkeit Kenntnis geben!

Paris, 4. Februar. Die Verstimmlung, welche der Besuch des Großfürsten-Thronfolgers in Berlin in unsern politischen Kreisen hervorgerufen hatte, hat nicht lange vorgehalten; es wird hier viel besprochen, daß die Petersburger Presse dem Berliner Besuche gegenüber durchweg zurückhaltend und kühl gewesen sei. Das hat einen guten Eindruck und unverkennbare Befriedigung hervorgerufen. Neuerdings hat der französische Botschafter in Petersburg Graf Montebello amtlich angezeigt, daß sowohl der Zar wie die russische Kaiserin ihm ihr Erscheinen auf dem Ball der französischen Botschaft am 14. Februar zugesagt haben. Man findet in dieser kaiserlichen Auszeichnung eine indirekte Anerkennung, daß der Panamafandal in den Augen des russischen Kaisers die französische Freundschaft nicht beeinträchtigt habe, und dankt insbesondere auch dem Baron Mohrenheim, dessen Einfluß man in erster Linie diese günstige Wendung zuschreibt. Da auch der Kaiser Franz Joseph es sich hat anlegen sein lassen, auf dem jüngsten Ball in Wien den Botschafter Decaris und seine Gemahlin in besonders lebenswürdiger Weise auszusprechen, so weiß man mit großer Befriedigung auf alle diese Beweise dafür hin, daß die Stellung der französischen Republik bei den monarchischen Kabinetten trotz der jüngsten Ereignisse nicht gelitten habe.

Paris, 4. Februar. (W. T. B.) Bei dem heute im Elisee stattgefundenen Ministerrath wurde beschlossen, der Kammer eine Vorlage zu unterbreiten, nach welcher die Witwe Renans eine lebenslange Pension von 6000 Franken erhalten soll.

Einer Meldung der „Agence Havas“ aus Konstantinopel zufolge ist die Depesche der „Times“ unrichtig, wonach der französische Botschafter Cambon Anweisung erhalten habe, auf die Pforte einen Druck auszuüben, damit eine europäische Konferenz zusammen berufen werde, welche über die durch die Intervention Lord Cromers in Egypten geschaffene Lage berathen solle.

Paris, 4. Februar. (W. T. B.) Im Justizpalast liefen heute Gerüchte um, wonach die Anklagekammer auch zu Gunsten Rouvier's, Renault's, Deves und Grevy's auf Einstellung der Verhaftung beschloßen habe. Diese Gerüchte bedürfen der Bestätigung. Der Beschluß der Anklagekammer wird erst Montag bekanntgegeben werden.

Paris, 5. Februar. (W. T. B.) Graf von Serbien ist gestern Abend nach Frankfurt a. Main abgereist.

Paris, 5. Februar. (W. T. B.) Der Graf von Paris hat seinen Anhängern angezeigt, daß der Herzog von Orleans, der sich bereits auf der Rückreise befindet, demnächst mit ihm in Sevilla zusammentreffen werde.

In einer den Blättern zugegangenen Mittheilung heißt es, der Justizminister Bourgeois werde eine eventuelle Interpellation Millebois's betreffend ein Verhör Rocheforts ablehnen.

Italien.

Rom, 3. Februar. Die Verhaftungen sind im Gange. Heute morgen gegen 8 Uhr wurde der Advokat Pellucci in seiner Wohnung

Annahme von Inzeraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thiemer. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barch & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wiskens. In Berlin, Hamburg n. Frankfurt a. M. Heine, Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

in der Rue Nationale, wo er ein mit glänzendem Luxus ausgestattetes Apartment besaß, verhaftet. Er ist angeklagt, als Vermittler zwischen Tanlongo und den Abgeordneten der Serbi gedient zu haben, wozu letzterem er die bekannte Summe von 400 000 Francs in verschiedenen Raten auszahlte. Die persönlichen Beziehungen zwischen Tanlongo und Pellucci waren sehr intimer Natur. Pellucci hatte seinerseits verschiedene Verbindungen, welche ihm ermöglichten, in Gemeinschaft mit Tanlongo verschiedene private Geldgeschäfte zu übernehmen und in Ausführung zu bringen. Sowohl in der Provinz als auch in Rom wurde ihm die Leitung größerer Geschäfte übertragen. Pellucci erhielt z. B. die Vierung von Pferden und Mantilien für die afrikanischen Truppen. Indessen wurden zu verschiedenen Malen Reklamationen gegen die Art der Geschäftsführung durch Tanlongo und Pellucci gemacht, und die obengenannte Forderung gab sogar Anlaß zu einer Interpellation in der Kammer. Indessen wurde die Angelegenheit niedergelegt, da der damalige Kriegsminister Bertole-Viol für die Ehrenhaftigkeit der beiden eintrat. Pellucci ist aus Neapel gebürtig und etwa 55 Jahre alt. Nach einem ziemlich abenteuerlichen Leben gelang es ihm, rasch ein großes Vermögen zu erwerben. Da Pellucci nichts weniger als ein unantastbarer Charakter ist, so nimmt man mit Bestimmtheit an, daß er auch andere in seinen Sturz mit sich reißen werde.

Die Nachricht, daß der frühere Direktor der Bank von Sizilien, Notar Bartolo, das Opfer eines schändlichen Mordes geworden ist, verursacht hier eine große Aufregung. Allgemein stellt man die Frage, ob es sich nicht um ein politisches Verbrechen handelt, welches in Beziehung mit den gegenwärtigen Finanzkandalen steht. Ueber den Mord selbst ist bis jetzt folgendes bekannt: Notar Bartolo kam von seinem Landgut Zera zurück, wo er die Zinsen für die von ihm vermieteten Bauernhöfe erhoben hatte. Auf dem Rückwege war er auf der Station Sciarra in den Zug gestiegen. Die Untersuchung hat ergeben, daß zwei höchst elegant gekleidete Individuen auf der folgenden Station, dem Bahnhof von Termini, in einen Waggon erster Klasse, in welchem sich Notar Bartolo befand, eingestiegen waren. Während der Fahrt ermordeten sie den früheren Bankdirektor und warfen den Leichnam aus dem Zug. Von den beiden Individuen ist jede Spur verloren. Wahrscheinlich wurde der Mord im Tunnel Altavilla begangen; der Waggon war innen und außen mit Blut besetzt. Man fand im Kousse selbst die Spuren eines verzweifelten Kampfes. Der Leichnam trug 26 Verwundungen, welche durch einen Dolch hervorgerufen sein mußten. Die Mörder beraubten Notar Bartolo seiner Uhr, seines Geldbetrags mit 40 Francs und seines Gewehrs. Indessen ist man der Ansicht, daß der Mord begangen wurde, um die Gerichtsbehörden auf eine falsche Fährte zu leiten. Die Individuen, welche den Mord begangen haben, sollen, wie man annimmt, nicht unbekannte Persönlichkeiten sein. Indessen sind natürlich alle diese Gerüchte, deren Entstehung in diesen Tagen der allgemeinen Aufregung und Verächtlichkeit begründet ist, mit größter Vorsicht anzunehmen.

Rom, 4. Februar. Heute früh kam es im römischen Judenquartier zu Tumulten. Die abergläubische jüdische Menge zwang sämtliche reicheren Glaubensgenossen, ihre Geschäfte zu schließen, in dem Wahne, Gott hätte im Zorne das Feuer in die Synagoge geschickt, weil die Juden am Sabbath ihre Geschäfte offen ließen. Gendarmen und Militär stellten die Ordnung wieder her.

Spanien und Portugal.

Madrid, 5. Februar. (W. T. B.) Gestern Abend fand eine zahlreiche republikanische Versammlung statt, an welcher die hervorragenden Parteiführer mit Ausnahme von Castelar theilnahmen. Salmeron und mehrere Anhänger Jorillas hielten Ansprachen, in denen sie für einen Zusammenschluß aller Republikaner und für eine überliche Union eintraten.

Madrid, 5. Februar. (W. T. B.) Dem letzten Bulletin zufolge dauert die Besetzung im Besinden des Königs fort.

Dänemark.

Kopenhagen, 5. Februar. (W. T. B.) Die Kommission des Folketing beschloß, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, die Einführung durchgreifender Reformen im dänischen Konstitutionsgesetz zu beschließen. Demnach sollen die zwanzig wichtigsten Klasse mit ernannten Vertretungsfunktion bestetzt, im Uebrigen die gewählten Konventualen, letzteren aber an einigen Orten beibehalten, letzteren aber an einigen Orten beibehalten Konventssekretäre beigegeben werden. Was die Besetzung der Vertretungsfunktion betrifft, so verwirft die Kommission das jetzt bestehende System der Konventsportale und empfiehlt befristete Gewinnung der erforderlichen Mittel den dänischen Schiffen, welche Fahrten ins Ausland unternehmen, eine jährlich zu entrichtende kleine Abgabe aufzuerlegen.

Großbritannien und Irland.

London, 5. Februar. (W. T. B.) In Huddersfield ist an Stelle des verstorbenen Summers, eines Glasfensters, der Konservative Grosland mit 35 Stimmen Mehrheit gegen den Kandidaten der Gladstonianer Woodhead gewählt worden.

London, 5. Februar. (W. T. B.) Einem Telegramm des „Reuterschen Bureaus“ aus Sanibar vom heutigen Tage zufolge sind daselbst Meldungen aus Kismaju eingetroffen, wonach ernsthafte Aufregungen unter den Somalis in Kismaju und Baraza vorgekommen sind. Da eine Telegraphenverbindung zwischen Sanibar und Kismaju nicht besteht, liegen noch keine Einzelheiten vor. Die Veranlassung zu den Aufregungen scheint gewesen zu sein, daß die Somalis den Agenten der englisch-afrikanischen Gesellschaft mißhandelt hatten und deshalb die Polizei und die Befragung des englischen Kriegsschiffes „Wagon“ gezwungen war, auf die Somalis zu feuern. Acht von denselben sollen getödtet sein, die anderen hätten sich alsdann zurückgezogen. Nach den bisherigen Nachrichten wäre kein Europäer verwundet.

Kennell Nord, der englische Geschäftsträger in Uganda während der Anwesenheit Bertals, ist an Bord des Kriegsschiffes „Abloomet“ nach Kismaju abgegangen, um die Angelegenheit zu ordnen.

